

KOMMENTARE

Die Große Koalition und ihr Diäten-Plan
Mit Zähnen und Klauen

Einen kräftigen Schluck aus der Pulle wollen sich die Bundestagsabgeordneten noch genehmigen, ehe auch ihre Einkommen auf Diät gesetzt werden: Um stattliche zehn Prozent, so haben es die Fraktionsführungen von CDU, CSU und SPD in einer Nacht- und Nebelaktion ausgekartelt, sollen die Bezüge der Volksvertreter 2014 und 2015 nochmal steigen, auf dann 9082 Euro im Monat; erst danach sollen die Diäten automatisch im Gleichschritt mit den Gehältern steigen, die das Normalvolk kassiert.

Das schlechte Gewissen ist den Koalitionären an der Nasenspitze anzusehen: Im Eilverfahren und absolut geräuschlos soll das leidige Thema gleich zu Beginn der Legislaturperiode abgeräumt werden – deshalb üben sich die sonst so zänkischen Partner sogar mal in demonstrativer Eintracht. Zur Sicherheit verschansen sich die Volksparteien auch noch hinter dem Vorschlag einer vermeintlich neutralen Kommission, um nicht, wie 2008, am Ende einen peinlichen Rückzieher machen zu müssen. Schon damals wollten CDU, CSU und SPD die Diäten an die Bezüge oberster Bundesrichter angleichen, nach der Devise: Große Koalition, großer Geldhunger. Am Ende wurde das Projekt als „politisch nicht vermittelbar“ beendigt.

An der Faktenlage hat sich seither wenig verändert: Auch heute erscheint der Gehaltsaufschlag, den sich die GroKo da genehmigt, recht üppig, erst recht im Vergleich zu den jüngsten Rentensteigerungen von null-komma-irgendwas Prozent. Weil das Abgeordnetenmandat, gewissenhaft ausgeübt, locker 60 Stunden pro Woche in Anspruch nimmt, könnte man ja auch darüber noch reden – wenn, ja wenn die im Gegenzug zur Diätenerhöhung geplanten Einschnitte bei der allzu üppig bemessenen Altersversorgung der Abgeordneten mehr als nur kosmetischer Natur wären. Sind sie aber leider nicht. Und eines geht überhaupt nicht: Das Rentenniveau von Millionen Bürgern immer weiter absenken – und die eigenen Abgeordneten-Altersprüfstände mit Zähnen und Klauen verteidigen. Ein solches Zwei-Klassen-Recht spaltet Wähler und Gewählte.



Georg Anastasiadis

Sie erreichen den Autor unter Georg.Anastasiadis@merkur-online.de

Die Affäre Kreidl und die CSU
Verzicht – was sonst?

Plagiatsaffäre, Verwandtschaftsaffäre, Geburtstagsaffäre – kommt noch was? Es ist fast egal. Für einen Landrat hat der Miesbacher Jakob Kreidl ein stattliches Sündenregister angehäuft. Es reicht. Die CSU schreitet schon zur Exkommunikation und schreibt ihren Kandidaten ab – es wäre fast ein Wunder, wenn es die Wähler am 16. März anders sähen. Für Kreidl bleibt nach Lage der Dinge eigentlich nur ein Ausweg mit Anstand: Er sollte von sich aus auf die Kandidatur verzichten. Das Amt des Landrats ist nicht der Austragsposten für beschädigte Politiker. Es muss ohne Blessuren bleiben. Also?

Der Fall Kreidl zeigt aber auch ein erstaunliches Ausmaß an Führungsversagen in der CSU. Miesbach ist nicht irgendein CSU-Zonenrandgebiet, sondern Stammland der Partei. Oberbayerns Parteichefin Ilse Aigner hat es versäumt, hier rechtzeitig umzusteuern. Schon richtig, als Kreidl im Oktober 2013 nominiert wurde, war das opulente Geburtstagsessen noch nicht in aller Munde. Aber spätestens im Dezember, als Berichte auftauchten, hätte sie gewarnt sein müssen. Aigner handelte nicht entschieden genug – vielleicht, weil ihr die Chuzpe und ein Druckmittel fehlten, einen (damals noch) anerkannten Politiker aus dem Amt zu drängen. Und Seehofer schwieg. Nun ist es zu spät – die Nominierung eines Ersatzkandidaten ist juristisch nicht mehr möglich. Ein etwaiger Verlust wird allein auf Aigners Konto verbucht werden. Das ist eine Hypothek für die weitere Karriere. Merke: Mangel an Mut tut selten gut.



Dirk Walter

Sie erreichen den Autor unter Dirk.Walter@merkur-online.de

China und Taiwan: Versöhnende Gespräche
Die sturen Brüder

China und Taiwan nähern sich an. Eine gute Nachricht, vor allem für zehntausende Familien, die unter der Trennung leiden. Und für den Weltfrieden. Es ist eine Nachricht mit Signalwirkung: Mit ernstgemeinten Worten lässt sich mehr erreichen als mit den schärfsten Schwertern.

Seit 1949, seit dem Ende des blutigen Bürgerkriegs, sind China und Taiwan verfeindet. Mehrfach drohte ein neuer Krieg. Dass die beiden verfeindeten Brüder sich „nur“ mit Worten statt mit Waffen bekämpfen haben, ist vor allem der Angst vor einem ungewissen Ausgang (hinter Taiwan stehen die USA), vor einem pazifischen Flächenbrand und sicher auch dem trennenden Meer zu verdanken. Ein kleines ostasiatisches Wunder ist es dennoch.

Es war die Sturheit der Regierenden auf beiden Seiten, die bisher eine Annäherung verhinderte. Jede der beiden Seiten ist überzeugt, das Erbe des „wahren“ China zu verwalten. Dieses Denken verhinderte seit 65 Jahren mit die Unterzeichnung eines Friedensvertrags oder Gespräche eines für Taiwans China-Politik verantwortlichen Politikers in Peking. Mit dem gestrigen Ministertreffen in China wurde ein Meilenstein gesetzt – und endlich ein Grundstein gelegt. Eine dauerhafte Aussöhnung kann folgen, wenn beide Seiten es schaffen, ihren Stolz im Zaum zu halten.



Werner Menner

Sie erreichen den Autor unter Werner.Menner@merkur-online.de

KARIKATUR



Mitgliederversammlung

ZEICHNUNG: TOMICEK

BUNDESTAG

Kurzer Weg zur „Pille danach“?

Der Bundestag debattiert morgen die Freigabe der „Pille danach“. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) und die Bundesärztekammer wollen den Rezeptzwang beibehalten. SPD, Grüne und Apotheker wollen ihn aufheben. Streit ist programmiert.

Berlin/München – Die „Pille danach“ ist ein Notfallpräparat für den Schreckmoment, wenn bei der Verhütung etwas schiefgelaufen ist: Monatspille vergessen etwa, oder Kondom gerissen. Eine Einnahme innerhalb von 72 Stunden verhindert oder verzögert den Eisprung – und wirkt so einer ungewollten Schwangerschaft entgegen. In den meisten europäischen Ländern kann man die auf dem Wirkstoff Levonorgestrel basierende „Pille danach“ frei in der Apotheke kaufen. In Deutschland muss man sich dafür erst ein Rezept beim Arzt besorgen. Das kostet wertvolle Zeit, garantiert aber umfassende Beratung.

Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) will einen „zügigen, diskriminierungsfreien Zugang“ zwingend mit dieser Beratung verbinden. Deshalb will er die Verschreibungspflicht beibehalten. Die „Pille danach“, argumentiert Gröhe, enthalte einen Wirkstoff, der in Einzelfällen schwere Nebenwirkungen haben könnte.

Außerdem, so der Minister, sei in Deutschland aufgrund der geltenden Praxis die Zahl der Abtreibungen bei Teenagern deutlich gesunken, während sie in Ländern mit rezeptfreier „Pille danach“ ansteige.

Ein weiteres Argument kommt vom CDU-Gesundheitsexperten Jens Span. Er wies darauf hin, dass es bessere und wirksamere Präparate als das jetzt zur Freigabe empfohlene gebe. Für die braucht man allerdings ein Rezept.

Die Ärzte teilen Gröhes Standpunkt. „Wir sollten die Rezeptpflicht nicht voreilig aufgeben“, warnte Ärztespre-

So wirkt die Pille danach

Die Pille danach ist ein verschreibungspflichtiges Notfall-Verhütungsmittel und kann nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr Schwangerschaften mit hoher Wahrscheinlichkeit verhindern.

Ablauf einer Befruchtung	Wirkung der Pille danach*
1 Eizelle verlässt den Eierstock, Spermien wandern Richtung Eileiter.	Wirkstoffe unterdrücken oder verzögern Eisprung.
2 Spermie trifft auf Eizelle, befruchtet sie.	Ist der Eisprung bereits erfolgt, verhindert die Pille nicht die Befruchtung.
3 Befruchtete Eizelle setzt sich in der Gebärmutter-schleimhaut fest.	Nach aktuellem Forschungsstand verhindert sie auch nicht die Einnistung in der Gebärmutter. *in Deutschland erhältliche Medikamente

Zugelassene Wirkstoffe	
ULIPRISTAL	LEVONORGESTREL
Einnahmezeit: spät. 120 Stunden nach Geschlechtsverkehr	spät. 72 Stunden nach Geschlechtsverkehr

Quelle: BZgA, DGGG, profamilia, Berufsverband Frauenärzte
dpa-18155

präsident Ulrich Montgomery. Die Pille bedeute einen gravierenden Eingriff in den Hormonhaushalt, daher brauchten betroffene Frauen eine kompetente Beratung durch einen Facharzt. Ähnlich äußerte sich die Bayerische Landesärztekammer. Es handle sich um ein Notfallmedikament mit Nebenwirkungen, so Vizepräsidentin Heidemarie Lux. Daher seien auch die Wirksamkeit und Verträglichkeit zu diskutieren. So gelte es beispielsweise, das Thromboserisiko der Frau abzuklären.

Die Position steht im Widerspruch zu einer Empfehlung des Bundesinstituts für

Arzneimittel und Medizinprodukte, das für eine Freigabe plädiert. Auch Grüne und SPD wollen den kurzen Weg zur „Pille danach“. Katja Dörner, Fraktionsvize der Grünen im Bundestag, forderte von der Union, „ihre Blockadehaltung“ aufzugeben. Es sei „längst überfällig“, auch in Deutschland Frauen zur Verhinderung einer ungewollten Schwangerschaft einen „selbstbestimmten, schnellen Zugang zur ‚Pille danach‘ zu ermöglichen“, so Dörner: „Wenn Frauen Beratung wünschen, ist diese in der die Pille ausgebenden Apotheke gewährleistet.“ Zuvor hatte

PRESSESTIMMEN

zur Schweiz:

„Diese ‚Masseneinwanderung‘, die einen Teil der Schweizer stört, besteht aus Deutschen, Italienern, Portugiesen und Franzosen. Mit anderen Worten: Wir sind die Ausländer in der Schweiz. Unsere Kultur unterscheidet sich kaum von den verschiedenen Kulturen, die die Vielfalt der Schweiz ausmacht. Unsere Religion oder Nichtreligiosität erschüttert in keiner Weise die christlichen Wurzeln der urschweizer Bevölkerung. Doch man erfährt am eigenen Leib, dass man auch in den Augen von Freunden immer Ausländer bleiben wird.“

LA CROIX (PARIS)

„Ob zu Recht oder zu Unrecht, ein guter Teil der öffentlichen Meinung wird von der Vorstellung bestimmt, dass eine unkontrollierte Ein-

wanderung eine Gefahr für die sozial schwachen Schichten unserer Gesellschaft bedeutet. Die Debatte über dieses Thema darf man nicht den Demagogen antieuropäischer und populistischer Parteien überlassen.“

LE MONDE (PARIS)

„Den volkswirtschaftlichen Interessen wäre am ehesten gedient mit einem System, das die Zuwanderung bevorzugt, welche die höchste Wertschöpfung generiert. Einwandern könnten zuerst diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt am dringendsten gebraucht werden, am meisten verdienen und die höchsten Steuern und Sozialabgaben zahlen. Billige Arbeitskräfte kämen nachrangig infrage. Am einfachsten wäre es, die Wertschöpfung über eine Versteigerung zu ermitteln.“

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

„Eine gefährliche Entwicklung“

Der Münchner Gynäkologe Prof. Ernst Rainer Weissenbacher über Verhütung, Nebenwirkungen und Beratungspflicht

Zum Umgang mit der „Pille danach“ fragten wir den Münchner Gynäkologen Prof. Dr. Ernst Rainer Weissenbacher:

■ **Was spricht gegen eine Freigabe der „Pille danach“?**

Diese Pille ist kein Lutschbonbon ohne Nebenwirkungen. So kann sie beispielsweise zu starken Blutungen führen. Und es kann auch passieren, dass sie die gewünschte Wirkung nicht erzielt, also eine Schwangerschaft eintritt. Daher braucht man für diese Pille eine ausführliche Aufklärung und Beratung.

■ **Was kann hier der Arzt, was der Apotheker nicht kann?**

Der Apotheker kennt natürlich nicht den individuellen Hormonstatus der Frau. Daher kann er auch nicht jeder Patientin die normale Verhütungspille ohne Rezept verkaufen.

■ **Welche Nebenwirkungen sind denn zu befürchten?**

Zum Beispiel Zyklusstörungen im Sinne, dass er völlig unregelmäßig wird. Außerdem kann es sein, dass die Pille gar nicht wirkt, weil die angezeigten 72 Stunden schon überschritten wurden. In dem Fall würde man in eine Schwangerschaft hineintherapieren.

■ **Es geht um ein Hormonpräparat. Sollte es da eine Altersgrenze geben?**

Das ist eine umstrittene Frage. Ich würde aber sagen, solange die Patientin in der Geschlechtsreife ist, kann man ihr die „Pille danach“ geben.

■ **Also im Notfall auch 13- und 14-Jährigen?**

Hier gibt es eine klare Grenze. Bei 14-Jährigen kann man mit den Eltern oder auch der Betroffenen die Empfängnisverhütung besprechen. Wenn das Mädchen aber erst 13 ist, sieht



Prof. Dr. E. R. Weissenbacher
Gynäkologe

die Sache anders aus. Zu dem Thema gab es erst kürzlich ein Gerichtsurteil: Danach machen sich die Eltern einer 13-Jährigen sogar strafbar, wenn sie ihr nicht dringend vom Geschlechtsverkehr ab-raten. Also Pille mit 13 – da ist man schon in einer schwierigen juristischen Grauzone.

■ **Und mit 14?**

Da kann man in Ausnahmefällen – das heißt, wenn es darum geht, Schaden von dem Mädchen im Sinne einer Schwangerschaft abzuhalten – eine Pille geben. Auch dann, wenn die Eltern dagegen sind.

Voraussetzung ist, dass der Arzt den Eindruck hat, das Mädchen ist reif genug, die Tragweite solch einer Entscheidung (z. B. Beeinträchtigung des Längenwachstums) zu erkennen.

■ **In vielen anderen Ländern ist die „Pille danach“ freigegeben, was läuft da anders?**

In den USA gibt es ja viele Medikamente, die bei uns verschreibungspflichtig sind, in Supermärkten zu kaufen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Da Medikamente wie die „Pille danach“ hochwirksame, komplex wirkende Stoffe sind, müssen sie ärztlich indiziert werden. Dazu kommt die extreme psychische Belastung der Mädel. Bei vielen, die zu mir kommen, ist die „Pille danach“ auch gar nicht nötig – weil etwa der Verkehr zu einem Zeitpunkt stattgefunden hat, wo es nach menschlichem Ermessen zu keiner

■ **Wie sicher ist die „Pille danach“?**

Entscheidend ist, dass sie innerhalb von 72 Stunden nach dem Verkehr genommen wird. Aber eine 100-prozentige Sicherheit bietet auch das nicht. Denn wenn der Eisprung schon erfolgt oder die Eizelle befruchtet ist und sich in der Gebärmutter-schleimhaut eingenistet hat, wirkt die Pille nicht mehr.

■ **Was passiert, wenn man das Präparat mehrmals im Jahr einnimmt? Ist das gefährlich?**

Gefährlich würde ich das nicht nennen. Aber es kann doch zu erheblichen Zyklus-unregelmäßigkeiten führen. Interview: **Monika Reuter**